

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Redaktion und Expedition: SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 15190-15197.

Sonnabend, den 16. August 1919.

Vorwärts-Verlag G. m. b. H., SW. 68, Lindenstr. 3. Fernsprecher: Amt Moritzplatz, Nr. 117 52-54.

Oberschlesien im wilden Streik.

Die Gewerkschaften verurteilen den Streik.

Am Freitag fanden wiederum Einigungsverhandlungen in Ratowitz statt.

Besüglich des Ausstandes bei den Oberschlesischen Elektrizitätswerken erklärte sich nach den Darlegungen des Staatskommissars Görting der Arbeitgeberverband bereit, die zehn Prozent Lohnerhöhung für die O. E. W. zu bewilligen.

Mit Bezug auf den Bergarbeiterausstand schlug der Staatskommissar noch folgende Entschädigung vor:

1. Der Streik wird von keiner Gewerkschaft geführt, gilt also als wilder Streik, hat also keine Berechtigung und muß sofort beendet werden; die Arbeit ist sofort aufzunehmen.

2. Nach Beendigung des Streiks beruft der Staatskommissar eine Konferenz der vorgenannten Organisationen ein, in der über die Punkte a) Wiedereinstellung der Gemahregelten, b) Wiedereröffnung der stillgelegten Betriebe, c) Milderung des Belagerungszustandes, d) Haftentlassung etwaiger politischer Häftlinge verhandelt werden soll.

In der Verhandlung erklärten sowohl der Arbeiterverband wie die sechs Gewerkschaften sich mit dieser Entschädigung einverstanden und bezeichneten damit den Streik als unberechtigt, als wilden Streik.

Zum Schluß erklärte Staatskommissar Görting:

Nachdem die von ihm vorgeschlagene Resolution von allen Vertretern angenommen worden sei, richte er an die Arbeitgeber das dringende Ersuchen, noch ehe in Verhandlungen eingetreten werde, alle diejenigen Arbeiter, die entlassen worden seien und sich nicht eines direkten Verbrechens schuldig gemacht haben, wieder einzustellen.

Heute morgen ist die Lage in Oberschlesien noch unverändert. Alle Betriebe liegen still infolge des Streiks der elektrischen Arbeiter.

Die Lichtwerke von Wionieren besetzt.

Nachdem am Freitag nachmittag das Lichtwerk Chorzow ebenfalls in Streik getreten war, ist seit gestern der gesamte Industriebezirk wieder ohne Licht und Kraft.

Auf Grund des Arbeitsmangels hat der Staatskommissar ferner den Besatzungen der beiden Lichtwerke Arbeitsbefehle zugehen lassen.

Zum Bergarbeiterstreik ist zu bemerken: Die Situation ist die alte. Der Rybniker und Dalschiner Bezirk ist nicht am Streik beteiligt.

Hamburg.

In einer Mitteilung der Zentralkommission der Hamburger Girobankangehörigen heißt es, daß die Lage sich nicht verändert habe.

Ungarns Kreebsgang.

Das Kabinett beinahe fertig.

Das ungar. Teleg. Korresp.-Bureau meldet: Das einstweilen unbesezte Handelsportefeuille hat der provisorische Ministerpräsident Friedrich selbst übernommen.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben heute mittig vor dem Verweser, Ungarischen Prinzen Josef, den Amtseid geleistet.

Die vereidigte Reaktion.

Die Mitglieder der neuen Regierung haben heute mittig vor dem Verweser, Ungarischen Prinzen Josef, den Amtseid geleistet.

Als Ergebnis der dreitägigen Verhandlungen konnte schließlich die Regierung konstituieren. Es ist natürlich, daß nicht alle Wünsche und Anforderungen befriedigt werden konnten.

Der Minister des Inneren Martin Kovacs äußerte sich sodann zu dem Verichterhatter des ungar. Teleg. Korresp.-Bureaus über die Aufgaben des Kabinetts folgendermaßen:

Die Regierung betrachtet sich als provisorisch und wird nach dem Zusammentritt der Nationalversammlung sofort demissionieren.

Die Einigung über die Bente.

Aus Paris wird gemeldet: Der interalliierte Oberste Rat hat gestern von der Antwort Roumans auf die Note der Entente über die militärische Befehung von Budapest durch die Rumänen Kenntnis genommen.

Was das Kommando anbelangt, so hat der interalliierte Oberste Rat entschieden, daß die Funktionen der Friedenskonferenz durch die vier alliierten Generale den Zivilgouverneuren und dem rumänischen Militärkommando mitgeteilt werden sollen.

Ein Geheimvertrag.

Im Jahre 1916 wurde zwischen den Alliierten und Rumänien ein geheimer Vertrag geschlossen, in dem man sich über gewisse Grenzen einigte.

Ermäßigung unserer Kohlenlieferungen?

Die Deutsche Allgemeine Zeitung bekommt aus Wilmars folgende Meldung:

Bekanntlich hat Deutschland die Verpflichtung übernommen, bis zu 40 Millionen Tonnen Kohlen an den Verbund zu liefern.

Ermäßigung Maxim Gorki? Maxim Gorki soll gefangen genommen und von dem berüchtigten lettischen Kommandanten, dem Major Peter Tropper, erschossen worden sein.

Wagelgruppen:

Die achtjährige Wagnersche... Wagelgruppen... 15 Pfennig

Neuregelung der Wählerinnenhilfe.

Initiativantrag der Mehrheitspartei.

Von Sozialdemokraten und Zentrum ist ein Initiativantrag über Erhöhung der Wochenhilfe und Wochenfürsorge eingebracht, auf Grund dessen u. a. der § 105 der Reichsversicherungsordnung durch einen § 105a ersetzt werden soll. Nach ihm erhalten Wählerinnen, die im Jahre vor der Niederkunft mindestens sechs Monate lang gegen Krankheit versichert waren, als Wochenhilfe einen einmaligen Betrag in Höhe von 50 Mark, ein Wohngeld für acht Wochen, Wäsche bis zu 10 Mark, für Heimdienstleistungen und ärztliche Behandlung, sowie eventuell ein Stüßgeld bis zur zwölften Woche nach der Niederkunft. Ein neuer Paragraph 205a bestimmt, daß Krankengeldfreie Familienmitglieder als Wöhlerin die Hälfte des Krankengeldes erhalten. Wählerinnen, für die kein Anspruch auf Wohngeld besteht, erhalten aus Reichsmitteln eine Wochenfürsorge.

Begründet wird der Antrag mit der Notwendigkeit einer Fortdauer des erhöhten Schutzes für den deutschen Nachwuchs, die mit der Beendigung des Krieges keineswegs entfällt.

Sozialdemokratischer Antrag. Der Nationalversammlung ist heute folgender sozialdemokratischer Antrag zugegangen: Die Regierung wird ersucht, Deutsche Reichsgesetze, die in Deutschland ihren vollen Gehalt haben und ihren Pflichten dem Staat gegenüber nachkommen, sowie die Steuern und Abgaben entrichten, zu ihren Anträgen die deutsche Staatsangehörigkeit unentgeltlich zu verliehen.

Zum Einbruch in das deutschösterreichische Generalkonsulat in Berlin teilt die tschechoslowakische Vertretung mit, daß entgegen den ergangenen Protestationen weder die Vertretungsbehörde noch der Konsulatsrat Josef Duzla an der Angelegenheit beteiligt ist. Die Schuldfrage zu lösen, liegt in Händen der Berliner Kriminalpolizei, deren Ergebnis abgewartet werden muß.

Eröffnung der Mittelmeersahrt. Die Hamburger Reederei Robert Slosson jr. landete heute als ersten Dampfer nach dem Mittelmeer seit Ausbruch des Krieges den Dampfer Diana aus.

Industrie und Handel.

Börse.

Die Börse beschloß die Woche bei stillem Geschäft in ziemlich fester Tendenz, wobei auf das Entgegenkommen der Amerikaner in Bezug auf die Kollisionsfrage hingewiesen wurde. Am Montagmarkt fanden oberdeutschere Werte besondere Beachtung, die durchwegs angezogen konnten. Im Anschluß hieran waren westliche Gesellschaften beliebt. Schiffahrtaktien gaben ungewöhnlich nach. Elektrische Werte waren still, ebenso wiesen Nahrungsmittelwerte geringfügige Veränderungen auf. Für Petroleumwerte erhielt sich die Nachfrage. Straus, Romania liegen auf etwa 43, fest waren Kanada und einzelne Kolonialwaren. Heilmittel und Anleihen durchwegs gut gehalten. Kriegsanleihen etwa 70%.

Groß-Berlin

Achtung! Arbeiterratmitglieder der S. P. D. und D. P.

Montag, den 18., nachmittags 2 Uhr, im Sitzungssaal des Herrenhauses: Vollversammlung sämtlicher Arbeiterräte einschließlich der Kommunalen.

Tagessordnung: Stellungnahme zu den von der U.S.P.D. und D.P.D. angeschriebenen wählenden Arbeiterratwahlen.

Protokoll. Fischer. Erscheinen sämtlicher Arbeiterräte unabdingte Notwendigkeit.

Der Döberitzer Mörder verhaftet und gefändigt.

Am Mai lernte der Arbeiter und Soldat Johann Stoll, der Sohn eines Fuhrmanns aus der Prenzlauer Allee, einen Soldaten kennen und führte ihn auch in seine Familie ein. Niemand kümmerte sich um seinen Namen. Der Soldat verkaufte der Familie ab und zu einige Wäscheartikel und ein Paar Stiefel und erzählte dann, daß er von Döberitz Fleisch und Fettwaren beschaffen könne. Am 15. Juni hat er Frau Stoll, die ihm einige Tage vorher bei einer Unterhaltung eine geladene Revolverpatrone gegeben hatte, ihren 19 Jahre alten Sohn Johann mit Geld zu versorgen, weil er jetzt Fleisch und Fett habe. Welche suchen dann der junge Stoll mit 500 M. in der Tasche, nach Pankow. Ein anderer junger Mann fuhr noch mit. Diesem gab der Soldat die Wäsche, in Pankow zu warten, bis er mit Stoll zurückkomme. Der junge Mann warnte vergeblich auf die Mörderin der beiden und ging am nächsten Morgen dann auch nach Döberitz, um sie zu suchen. Hier fand er Stoll tot am Rasenrand der Kaserneanlage des Truppenlagers liegen. Er war hinterwärts erschossen und beraubt worden. Der Täter konnte nur der Soldat sein, der sich nicht mehr sehen ließ. Aber niemand kannte ihn. Während der Verfolgung eines Verdächtigen wurde ermittelt, daß der Soldat ein 24 Jahre alter aus Stahfurt im Kreise Göttinger Landwirt Wilhelm Woytow. Oberwachmeister Lehmann ermittelte, daß er besondere Beziehungen nach Torquau hatte und machte die dortige Behörde besonders auf ihn aufmerksam. Diese Maßregel führte jetzt zum Ziel. Auf einem Gute bei Torquau meldete sich ein junger Mann als Pferdeknecht. Er wurde angenommen und erhielt am nächsten Tage den Auftrag, eine Ladung Wollnen abzuführen. Anlässlich einer anderen Strafaktion, die er in Torquau begangen hatte, wurde ihm der Mord an den jungen Stoll auf den Kopf ausgelegt. Nachdem er eine Welle fassunglos war, räumte er die Tat ohne weiteres ein. Der Verdächtige wurde nach Berlin gebracht, wo er sein Geständnis wiederholte.

Mord bei Spandau.

In den Verdacht, den Arbeiter Edmund Ramm auf der Chaussee zwischen Spandau und Pausen am vergangenen Sonnabend erschossen und beraubt zu haben, war ein Mann geraten, der einen blauen Anzug trug. Dieser Verdacht hat sich als unbegründet erwiesen. Nach den Ermittlungen ist der Täter zweifelslos ein Mann, der sich in Militäruniform an jenem Tage auf der Chaussee unbegleitet hat. Dieser verpackte schon morgens um 9 1/2 Uhr ohne jede Veranlassung einen jungen Raddler an und ließ ihn von der Maschine, so daß er mit blühenden Wunden eine Gastwirtschaft aufsuchen mußte. Der Angefallene, der etwa 20 Jahre alt und barlos ist und einen Anzug aus Halbleinwand mit Waleisengarnen trug, wird dringend ersucht, sich auf dem Rathgeprädisium im Zimmer 55a unverzüglich zu melden, auch alle die anderen, die den dringenden verdächtigen Soldaten auf der Chaussee noch gesehen haben. Dieser ist etwa 1,65 bis 1,68 Meter groß und schlank und trug eine lebhafte Schammüge, eine prächtigen hellbraune Nieten und eine lebhafte lange Hose. Ferner hatte er zwei Kartons bei sich, die er am einen Stock über die Schulter noch gesehen haben. Die Kartons waren augenscheinlich ziemlich schwer. Nachmittags wollen einige Statuen ihn noch mit einem Paket gesehen haben, mit einem braunen Samtpelz, der etwa 60 mal 70 Zentimeter groß ist, das Maß des Ermordeten, auf dem der Mörder, unsicher fahrend, die Hände ergrieffen hat, ist eine Maschine der Marke „Deutschland“. Es hat gelbe Felgen und einen hinten grauen und vorn gelben Mantel. Auf die Ermittlung des Mörders hat der Regierungspräsident von Potsdam eine Belohnung von 1000 M. ausgesetzt. Die Tat selbst ist nach den Feststellungen und Schießversuchen an

Ort und Stelle mit großer Frechheit verübt worden. Der Mörder hat sich zwischen Spandau und Pausen am Chausseerand in der Baumkutschlinie aufgestellt und ruhig auf sein Opfer gewartet. Als dann Ramm abzuwageln nach Pausen zu geradelt kam, um seinen Bruder zu besuchen, ließ er ihn dicht herankommen und schoß ihn von vorn eine Kugel links in den Leib, so daß die hinten rechts heraushiel. Der Getroffene stürzte darauf auf die Reihstange des Wagens, das noch etwas weiter lief. Jetzt erhielt er einen zweiten Schuß von hinten, der den Körper aufwärts ging und oben heraushiel.

Verammlung der Tumultgeschädigten. Gestern abend fand im Lehrervereinshaus eine hart besuchte, vom Reichsbund der Tumultgeschädigten eroberte Versammlung statt. Der Vorsitzende Landgerichtsrat Hubert führte aus, daß der Bund es sich zur Aufgabe gemacht habe, das wirtschaftliche Interesse der durch Unruhen Geschädigten zu vertreten und insbesondere gegen den Gesekentwurf über Tumultgeschäden, der der Nationalversammlung vorliegt, vorzugehen. Rechtsanwalt Eitan referierte über den Inhalt und die Form des Gesekentwurfs. Besonders kritisch sei der § 2 des Gesetzes, der besagt, daß nur diejenigen Entschädigt werden, deren wirtschaftliche Existenz durch den Schaden direkt bedroht ist. Der Erfolg von Schadensfällen solle im übrigen nur nach Friedenspreisen erfolgen. Schäden an Leib und Leben sollen nach dem Rückversicherungsgesetz der Mannschaften geregelt werden. Besonders einschneidend ist der § 11 des Gesekentwurfs, der alle früher erworbenen Rechte, also sämtliche Ansprüche, die nach dem Tumultgesetz vom Jahre 1880 erworben sind, außer Kraft setzt.

Nach längerer Debatte wurde folgende Entschickung angenommen: Die am 15. 8. 19 im Lehrervereinshaus folgende Versammlung Tumultgeschädigter erhebt entrüstet Einspruch gegen die ungerichtete Tendenz des der Nationalversammlung vorliegenden Gesekentwurfs über die durch innere Unruhen verursachten Schäden, durch welche die Erschließung für die Schäden in Vergangenheit und Zukunft fast völlig aufgehoben wird. Sie erwartet von der Nationalversammlung eine dem gleichen Rechte aller Staatsbürger auf Staatschutz entsprechende Anerkennung ihrer Ansprüche auf Wiederherstellung der verursachten Schäden.

Heraus mit unseren Kriegsgefangenen!

Sonntag, den 17. August, vorm. 10 Uhr, im Lehrervereinshaus, Alexanderstraße: Große Versammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. mit der Tagesordnung: „Freigabe unserer Kriegsgefangenen“. Der Bezirksvorstand.

Reberfall auf einen Juwelier. Ein äußerst deatler Raubüberfall wurde gestern nachmittag auf dem Halleschenbrennen in der Mitte der Stadt verübt. Der Juwelier betrat um halb acht Uhr nachts in der Richtung der Halleschenbrücke ein Geschäft im Zentrum der Stadt. Von dort nimmt er die wertvollsten Schmuckstücke abends nach Geschäftsstunde nach Hause, um sie am anderen Morgen wieder dortselbst zu bringen. Gestern nachmittags hatte er, als er seine Wohnung verließ, um mit der Stadtbahn nach seinem Geschäft zu fahren, eine Handtasche bei sich, die Juwelen und Goldsachen im Werte von über 20 000 M. enthielt. Kurz nachdem er seine Wohnung verlassen hatte, fiel ihm ein offener Kraftwagen auf, in dem drei Männer saßen. Weiß der Wagen ihm folgte, bog er ihm aus und ging über die Halleschenbrücke auf die andere Uferseite. Da das Automobil die Straße nicht benutzen konnte, fuhr es zurück über eine andere Straße und erreichte den Juwelier kurz vor dem Bahnhof Potsdamer Platz. Als dieser nun die Halleschenbrücke hinübergehen wollte, sprangen die drei Männer aus dem Kraftwagen heraus, eilten dem Juwelier nach und während der rechte ihm einen Stoß gab und der zweite ihm zwei Hände voll Pfeffer in die Augen warf, versuchte ihm der dritte die Handtasche mit den Juwelen zu entreißen. Der Reberfall, der auf einen Angriff vorbereitet war, hielt die Tasche krampfhaft fest, trat mit den Füßen nach den Angreifern und schrie laut auf. Die Räuber kamen nicht zu ihrem Ziel und ließen von ihrem Opfer ab, sprangen in den Kraftwagen hinein und fuhrn eiligst davon.

Groß-Berliner Lebensmittel.

Niederländische Waren. Auf Abschnitt 49 (Pflanzl. u. 2. Bestand): 1/4, Wand Reis, 2 Pakete Reis, Abschnitt 24 (Kornabfälle): 1 Wand Haberstroh, Abschnitt K 12 und T 15; 1/4 20 Gramma amer. Roggenmehl, Abschnitt 68: 250 Gramma Haselnüsse, Abschnitt 63 und 68: zusammen 1-Pfund-Paket Runkelrüben. Die Aufstellungen für Kinder bis zu 2 Jahren müssen erneuert werden. Anmeldungen: Rathaus (Zimmer 10), Aufgangsbühnen A-H Montag, 18. August; J-R Dienstag, 19. August; S bis Z Mittwoch, 20. August. Es ist wieder Stoff eingeflossen, der alle auf Abschnitt 155 entnehmen werden.

Freischiffung. Für die Woche vom 4. bis 10. und 11. bis 17. 8. gelangt je Woche 7, 500 Auslandsmehl (12 Bl.) auf den ganzen Abschnitt K 12 der alten und T 15 der neuen Einlieferungsliste. An Stelle des Auslandsmehls kann jedoch auch Inlandsweizenmehl beim Roggenmehl entnehmen werden.

Vorträge, Vereine und Versammlungen.

Freireligiöse Gemeinde. Morgen, vorm. 11 Uhr, in der Klosterstraße, Klosterstr. 42a, Vortrag des Herrn Dr. Dr. Orie: Richard Wagner im Lichte der Gegenwart. Bitte willkommen. — **Friedensbund der Kriegsteilnehmer (Bezirk I, Zentrum).** Montag, 17. Uhr, im Altes-Garten, Altes-Garten, 30. Resonanzraum. — **Berliner Arbeiter-Schau-Club, Republik.** Ein Schachturnier, wochentlich für jedermann, beginnt am 19. August, abends 8 Uhr, bei Götz, Potsdamer 100.

Centralklub für Erlangung der Sozialdemokratie! Montag, abends 7 Uhr, in der Aula der Friedrich-Weidertischen Oberrealschule, Berlin O., Riederstraße 12: Generalversammlung, Tagesordnung: Bericht des Vorstandes, Entwurf des Vorstandes, Wahl der Verwaltung.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Heraus mit unseren Kriegsgefangenen.

Morgen vormittags 10 Uhr: Versammlung des Bezirksverbandes Groß-Berlin der S. P. D. im Lehrervereinshaus, Alexanderstraße, am Alexanderplatz.

Tagessordnung: Freigabe unserer Kriegsgefangenen. Referent: Daniel Stachow, Mitglied der Nationalversammlung.

Erscheint in Massen!

Marientdorf. Die Parteifunktionäre, welche morgen 9 1/2 Uhr an der in Marientdorf, Rindl-Bräuerie, folgenden Konferenz teilnehmen, treffen sich zur Fahrt dorthin um 9 1/2 Uhr vorm. an der Eisenacher und Chausseebrücke in Marientdorf. Pünktliches Erscheinen ist unerlässlich.

Gewerkschaftsbewegung

6 Millionen Mitglieder der Gewerkschaften Deutschlands.

Zum Gewerkschaftslangtag in Nürnberg konnten wir die erfreuliche Mitteilung bringen, daß die Mitgliederzahl unserer Gewerkschaften bereits 6 Millionen betrug. Heute ist diese Zahl überholt. Nach den neuesten uns zur Verfügung stehenden Ziffern sind gegenwärtig 6 097 800 Mitglieder in unseren Gewerkschaften vereinigt.

Diese erfreuliche Zunahme zeigt am besten, daß aller Wohlwollenpropaganda der linkslebenden Revolutionsgruppierungen zum Trotz die Arbeitermassen doch erkannt haben, daß die gewerkschaftliche Organisation die Voraussetzung jeder dauernden und wirksamen Vertretung der Arbeiterinteressen darstellt. Auch die Tatsache, daß in den wenigen Wochen seit dem Nürnberger Kongress rund 700 000 neue Mitglieder den Gewerkschaften zufließen, ist nicht ohne Interesse. Sie darf als ein symptomatischer Beweis dafür angesehen werden, daß die Beschlüsse des Kongresses dem Bewußtsein der Arbeitermassen entsprechen. Die große Masse der Arbeiter will eine Vertretung ihrer Interessen, die sich nicht von Zufallstimmungen führen läßt, sondern ihres Weges zielbewußt geht und ihre Maßnahmen dem jeweils Möglichen anpaßt. Die überproportionale Mehrheit des Gewerkschaftskongresses war von diesem Gedanken geleitet, ihre Beschlüsse wurden von den reichen Erfahrungen, die das Ergebnis der bisherigen jahrelangen gewerkschaftlichen Kämpfe sind, diktiert. Solange dieser feste Boden nicht verlassen wird, dürfen wir die Zukunft hoffen, daß die deutschen Gewerkschaften ihren Aufmarsch fortsetzen werden.

Gewissenlose Hez.

Unter die Arbeitslosen auf dem vorläufigen Arbeitsnachweis für die Metallbetriebe Groß-Berlins wird von der kommunistischen Partei ein Flugblatt verbreitet, dessen Inhalt so recht zeigt, wie sehr die kommunistischen Drahtzieher an die niedrigen Lebensverhältnisse der Arbeiterklasse appellieren. Sie benutzen das in Folge des jahrelangen Krieges beniederliegende Wirtschaftsleben und die daraus erwachsende Arbeitslosigkeit dazu, um ihre Idee der Diktatur des Proletariats in verstärktem Maße zu propagieren. Und die kommunistischen Herrschaften spekulieren daneben auch noch auf die Gebühnlichkeit der Arbeiterschaft. Sie, die bald nach dem 9. November mit Handgranaten und Maschinengewehren bald hier bald dort das gesamte West- und Wirtschaftsleben ihren Zielen unterordnen wollten, sagen die „Wert-Republik“ an, daß sie den Arbeitslosen mit Maschinengewehren und Handgranaten bedeutet habe, vor wie lange Bettler zu sein. Zu einer solchen Begriffsverwirrung muß seine Lust nehmen, wer die Spuren seiner skrupellosen Taten verdecken will. Wer, wie die kommunistischen Drahtzieher, das deutsche Wirtschaftsleben fortgesetzt gewaltam zu unterbinden sucht, dem steht es schlecht an, sich als Fürsprecher der Arbeitslosen und als Pioniere der sozialistischen Wirtschaftsweise hinzustellen. Jeder nur einigermaßen klar denkende Arbeiter weiß, daß nach einer so gewaltigen Katastrophe die Welt mit ihren wirtschaftlichen Triebkräften aus den Fugen geraten müßte. Diese Kräfte wieder in Gang zu bringen und sie in organischer Entwicklung für die sozialistische Wirtschaftsweise nutzbar zu machen, wird die kassenbewußte Arbeiterschaft sowie ihre in Regierung, Parlament und den entscheidenden Wirtschaftszweigen stehenden Vertreter als Lebensaufgabe erblenden. Mit dem Gedanken der gewaltigen Diktatur spielende Kommunisten nebst hasserwandter Helfershelfer sind, wie sie allenthalben gezeigt haben, unfähig, die große Mission des sozialistischen Aufbaues zu vollziehen. Ihnen kommt es heute auch nicht so sehr darauf an, den unter den gegenwärtigen verworrenen Verhältnissen lebenden Massen zu helfen, als vielmehr dieselben in der hilflosesten Weise zu verdecken und den organischen Aufbau einer neuen Wirtschaft zu hinterziehen.

Die Tarifbewegung in der Getreidemeh- und Uniformschneiderei.

In der Versammlung der Getreidemeh- und Uniformschneiderei berichtigte sich um 9 Uhr über die zentralen Verhandlungen mit dem Arbeitgeberverband. Während die Arbeitgeber bei den Verhandlungen im Dezember der Errichtung von Betriebsämtern mit Beihilfen zugestimmt hatten, sei das bei den Verhandlungen in Jena abgelehnt worden. Die Tarifverträge seien denn zum 1. August gekündigt worden. Infolge dieser Kündigung hätten sich auf 144 M. Wochenlohn, Ferien und Festlegung des Mindestbestimmungsrechtes. Für Leberstunden sollen 50 Pf. für Nacharbeit 100 Pf. Zuschlag gezahlt werden. Von dem Stundenlohn und der Errichtung der Werkstätten können wir unter keinen Umständen abgehen. In den örtlichen Verhandlungen am 28. Juni hätten die Arbeitgeber erklärt, daß die Werkstätten nicht bis Jahresbeginn eingerichtet werden können. Es soll eine Kommission aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern gebildet werden, die geeignete Räume für Werkstätten sucht. Ferien sollten die Arbeitgeber nur gewähren, wenn die Forderung auf Bezahlung der Feiertage fallen gelassen werde. Hierbei sei es zu keiner Einigung gekommen. Bei den zentralen Verhandlungen in Nürnberg wurde die Frage der Betriebswerkstätten zur örtlichen Besprechung freigegeben. Es wurde dann zum Abschluß eines neuen Tarifvertrages ein Provisorium geschaffen, in dem für Berlin 140 Pf. gewährt wurden. Nunmehr soll über die örtliche Einsetzung der Stufen verhandelt werden. Für Berlin eine Einsetzung von drei Stufen und bezugnehmend einen einheitlichen Stundenlohn. Die Arbeitgeber haben bereits erklärt, daß sie den Zeitlohn abschießen; sie würden aber einen höheren Stundenlohn zahlen als die Zeitlöhne einzuführen. Die Verhandlungen haben beschlossen für alle die Kollegen, die am Schluß des Jahres noch nicht in die Werkstatt gehen, einen Zuschlag von 20 Pf. zu fordern. Er glaube nicht, daß die örtlichen Verhandlungen zu einem Ergebnis führen werden. Es würde dann noch einmal zentral verhandelt werden müssen. Sollte es auch dann zu keiner Einigung kommen, so würde von den Unparteiischen ein Schiedsgericht gebildet werden müssen.

In der Diskussion wurde einstimmig die Errichtung von Betriebswerkstätten mit Beihilfen gefordert und die Festlegung des Mindestbestimmungsrechtes verlangt. Eine Resolution, die besagt, daß die Getreidemeh- und Uniformschneider an der Errichtung der Betriebswerkstätten mit Beihilfen teilhaben und die Beihilfen bereit stellen, wurde angenommen. In der Resolution wird ferner die Gewährung von Ferien und das Abbestimmungsrecht für die Betriebsräte verlangt.

Der Hamburger Bankbeamtenstreik.

Die Penzancestreikung der Hamburger Girobanken teilt uns mit, daß die Lage unverändert ist. Die von den Banken angeforderte Aufrechterhaltung des Betriebes ist nur in dem allerhöchsten Grade durchführbar. Die Zahl der Arbeitswilligen ist nach wie vor minimal. Durch die Solidaritätsveranstaltungen der Depositeninhaberlicher der Dresdner Bank, Commerz- und Diskontobank und der Deutschen Bank ist eine bedeutende Verstärkung der an und für sich günstigen Lage der Streikenden eingetreten. Es ist zu hoffen, daß die in Berlin beginnenden Verhandlungen bald ein befriedigendes Ergebnis zeitigen und daß die Penzancestreikung von den angebotenen Unterstützungen durch Sympathiestreiks keinen Gebrauch zu machen braucht.

Der Streik der Berliner Weckerher ist durch einen Schiedsgericht des Einigungsamtes des Berliner Gewerbegerichts erfolgreich beendet worden.

Berzbedriebe der Hochgruppe Ab. Montag, den 18. August, abends 7 Uhr, Versammlung aller Angehörigen der Hochgruppe im Nebenraum des Lehrervereins, Leipziger Straße 1.

Erreichte für den Redaktion. Zeit: Rüdiger Schatz, Redaktion für Nachrichten: Friedrich Glöck, Berlin. Verlag: Friedrich-Wilhelm Verlag, Berlin. Druck: Fernand, Buchdruckerei und Verlagsanstalt Paul Gieser & Co., in Berlin, Unter den Linden 1.

